

## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Dittes (PDS)**

**und**

**Antwort**

**des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit**

## **Die Thüringer Landesregierung und der Bund der Vertriebenen**

Die **Kleine Anfrage 428** vom 9. Juli 2001 hat folgenden Wortlaut:

Im Mai 2000 sagte der Ältestenrat des Thüringer Landtags einen Parlamentarischen Abend des Bundes der Vertriebenen (BdV) ab, weil eine Distanzierung des Vorsitzenden von revisionistischen und revanchistischen Äußerungen des Verbandes ausblieb. Zwei Verlautbarungen der Organisation waren zuvor im Landtagsgebäude verteilt worden: die "4. Silberthaler Erklärung" des "Rats der Vertriebenen Mitteldeutschland" und der Text "Was jeder Deutsche wissen sollte", der vom BdV Landesverband herausgegeben wird. Die Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht erklärte, die Vorgeschichte der Vertreibung werde "völlig ausgeblendet und verharmlost" und die Geschichte einseitig dargestellt (Süddeutsche Zeitung, 20. Mai 2000), das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (TMSFG) kritisierte in einer Presseerklärung, man dürfe das "Leid der Betroffenen nicht benutzen, um den europäischen Einigungsprozess zu hintertreiben" und man müsse "Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft ziehen, einander respektieren und Toleranz üben". Der Ältestenrat forderte, der BdV-Vorsitzende solle sich "vorbehaltslos und in schriftlicher Form vom Inhalt distanzieren", anderenfalls könne die Veranstaltung nicht stattfinden.

In der Geschäftsstelle des BdV Thüringen in der Michaelisstraße liegen weiterhin beide Texte als Positionierungen des Verbandes und als Werbematerial aus. Ebenfalls wirbt der BdV durch Auslegen von Werbematerial für den Buchdienst von "Nation und Europa". Nach Angaben des Handbuches "deutscher Rechtsextremismus" handelt es sich bei "Nation und Europa" um die "älteste rechtsextreme Zeitschrift der BRD" und "ein Produkt der Einigungsbestrebungen europäischer Neofaschisten nach 1945". Darüber hinaus liege die wichtigste Funktion von ›Nation und Europa‹ "in der Bereitstellung von richtungsweisenden Themen und Strategiediskussionen nicht nur für eine bestimmte Gruppe, sondern für das gesamte Spektrum des Rechtsextremismus". Ideologisch steht die Zeitschrift "für die europäische Vernetzung im Geiste der Waffen-SS", so das Handbuch. Die Zeitung setzt sich innerhalb der BRD für die Sammlung aller rechtsextremen Kräfte ein. "Nation und Europa" wurde 1951 von hohen nationalsozialistischen Funktionären gegründet. Für "Nation und Europa" hatte bis vor seine Enttarnung als V-Mann des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz der ehemalige Vize der Thüringer Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Tino Brandt, gearbeitet.

Mit Presseerklärung vom 18. Mai 2001 kündigte die Landesregierung eine Rede des Sozialministers Dr. Frank-Michael Pietzsch bei den 9. Ostdeutschen Kulturtagen der Vertriebenen beim Regionalverband Altenburg am 20. Mai 2001 an. Pietzsch erklärte, die Landesregierung unterstütze die Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen, mit dem "dem Menschenrechtsanliegen des BdV Nachdruck verliehen" werden solle. Die Einrichtung ist - so Pietzsch - geeignet "Vertreibungen weltweit moralisch zu ächten". Es soll "am Beispiel des Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen und auch anderer Vertriebener die Völkergemeinschaft sensibilisieren". Die Thüringer Landesregierung will deshalb die Bemühungen des BdV tatkräftig unterstützen. Verwiesen wird darauf, dass Fördermittel für die Pflege des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete in diesem Jahr in Höhe von 455 000 Deutsche Mark bereitgestellt wurden.

Auf den Internetseiten des Thüringer Heimatschutzes wird berichtet, dass an der Feier zum Totengedenken des BdV am 5. Mai 2001 in Erfurt auch "Kameraden von der Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) und "weitere Mitstreiter der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) kamen. Letztere "stellte, wie auch im Jahr zuvor, die Fahnenträger dieser Veranstaltung."

Die Rede des BdV-Vorsitzenden Dr. Lattusek wird ausdrücklich gelobt, kritisiert aber die Rede der Abgeordneten Ellenberger (SPD), "die es nicht lassen konnte, die Ermordung und Vertreibung unserer ostdeutschen Landsleute mit der Herrschaft des Nationalsozialismus zu rechtfertigen".

Nach Auffassung der Bundesregierung bestehen bei der Mitgliederzeitung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen "Fritz" tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen (Bundestagsdrucksache 13/1045). Die Thüringer Landesregierung berichtet in Drucksache 3/436: "Der Inhalt des unregelmäßig erscheinenden Verbandsorgans 'Fritz' enthält Beiträge, die Anhaltspunkte für rassistische, antisemitische und revisionistische Tendenzen erkennen lassen." In Drucksache 3/914 stellt die Landesregierung dar: "Der Landesregierung sind Pressemeldungen über die Existenz eines Landesverbands der JLO, seine Führungsfiguren und die internen Auseinandersetzungen im Bundesvorstand sowie mit der Mutterorganisation Landsmannschaft Ostpreußen bekannt. Der nur Einzelmitglieder zählende Landesverband Thüringen entwickelte bislang keine eigenen Aktivitäten, sondern trat unter diesem Vereinsnamen nur als Mitbeteiligter in Erscheinung." Sie stellt ebenso dar: "Das Duo 'Eichenlaub' tritt bundesweit bei Veranstaltungen der rechten Szene mit musikalischen Beiträgen auf."

Die JLO wurde im vergangenen Jahr aus der Landsmannschaft Ostpreußen wegen ihrer Radikalisierung ausgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war im Thüringer Landesverband der JLO der Jenaer Rechtsextremist Christian Kapke (s. a. Nachrichtendienst 10/98), aktiv im Thüringer Heimatschutz.

Am 23. Juni 2001 findet unter Beteiligung der Thüringer Landesregierung die Abschlussveranstaltung der 9. Ostdeutschen Kulturtag des BdV Thüringen in Neuhaus statt. Schirmherr der 9. Ostdeutschen Kulturtag ist der Ministerpräsident Bernhard Vogel.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung eine Distanzierung des BdV Thüringen und seines Vorsitzenden von den in der "4. Silberthaler Erklärung" und der Erklärung "Was jeder Deutsche wissen sollte" verbreiteten Positionen bekannt?
2. In welcher Hinsicht hat die Landesregierung ihre Auffassung zur Absage des Parlamentarischen Abends durch den Thüringer Landtag im Mai 2000 geändert?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aktivitäten der JLO, insbesondere auch diejenigen von C. Kapke und seines Duos "Eichenlaub"?
4. Ist der Landesregierung die Web-Seite [www.lichttauf.de](http://www.lichttauf.de), die von C. Kapke betrieben wird, bekannt?
5. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über rechtsextreme Aktivitäten in den Vertriebenenorganisationen in Thüringen?
6. Welche Rolle wird die JLO Thüringen bei der Großveranstaltung in Neuhaus spielen?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung des BdV nach einem Zentrum gegen Vertreibung und wie wird die Landesregierung dieses unterstützen?
8. Wie soll nach Auffassung der Landesregierung die Vorgeschichte der Flucht, Umsiedlung und Vertreibung dargestellt werden?
9. Welchen Raum sollte nach Auffassung der Landesregierung in dem von ihr tatkräftig unterstützten Zentrum die Darstellung der deutschen Vertreibungen und der deutschen Vernichtungsgeschichte an Juden, Polen und Tschechen einnehmen, und wie trägt die Landesregierung Sorge dafür, dass ihre Auffassung in die konzeptionellen Überlegungen für ein solches Zentrum einfließen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 19. September 2001 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Landesregierung sieht davon ab, Anfragen öffentlich zu beantworten, die auf die Ausforschung des Kenntnisstands der Sicherheitsbehörden und insbesondere des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz gerichtet sind.

Die nachfolgenden Angaben über rechtsextremistische Bestrebungen im Freistaat Thüringen beziehen sich ausschließlich auf solche Erkenntnisse, die offen verwertbar sind. Für weiter gehende Erkenntnisse steht die Landesregierung zu Auskünften in dafür geeigneten Gremien zur Verfügung.

Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage in Drucksache 3/914 verwiesen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1.:

Der Landesregierung ist eine solche Distanzierung nicht bekannt.

Zu 2.:

Der Parlamentarische Abend des BdV wurde im Mai 2000 aus aktuellem Anlass unter Berufung auf die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags abgesagt. Die Landesregierung bewertet derartige Entscheidungen des Landtags nicht.

Zu 3.:

Laut eigenen Veröffentlichungen im Internet traten JLO-Mitglieder beim Festumzug anlässlich des Thüringentags am 1. Oktober 2000 in den Reihen des BdV als "Abordnung, um in den Reihen des BdV die Jugend der Ostgebiete zu repräsentieren", auf.

Auf der Web-Seite des so genannten "Thüringer Heimatschutzes" wurde über die Teilnahme von JLO-Mitgliedern als Fahnenträger an der diesjährigen Veranstaltung des BdV zum Totengedenken am 5. Mai 2001 in Erfurt berichtet.

Das Duo "Eichenlaub" tritt bundesweit bei Veranstaltungen der rechten Szene mit musikalischen Beiträgen auf.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 4.:

ja

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen keine öffentlich verwertbaren Erkenntnisse zu rechtsextremen Aktivitäten in den Vertriebenenorganisationen vor.

Grundlage der Politik ist nach Auffassung des Verbandes die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 mit ihrem Verzicht auf Rache und Vergeltung und ihrem Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat. Nach Aussage des BdV haben "Rechtsextremisten im Bund der Vertriebenen keinen Platz".

Kontakte und Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppierungen werden vom Bundesvorstand des BdV abgelehnt und als verbandsschädigend angesehen.

Zu 6.:

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 7.:

Die Landesregierung begrüßt die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen. Für die Stiftung konnte bisher eine Reihe namhafter Persönlichkeiten gewonnen werden. So etwa Prof. Dr. Peter Glotz, Bernhard Jagoda und Freya Klier. Eine Realisierung des Projekts hängt von der finanziellen Beteiligung insbesondere des Bundes und aller Länder ab. Deshalb kann hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Freistaats Thüringen derzeit noch keine Aussage getroffen werden.

Zu 8.:

Die wissenschaftliche Aufarbeitung von Geschichte und zeitgeschichtlichen Ereignissen ist nicht originäre Aufgabe der Landesregierung, sondern Aufgabe von Wissenschaftlern in ihren jeweiligen Forschungsgebieten.

Zu 9.:

Die Stiftung formuliert die Hauptzielstellung des Zentrums wie folgt:

Das Zentrum gegen Vertreibungen soll allgemein zugänglich einen Gesamtüberblick über die Vertreibung der mehr als 15 Millionen Deutschen geben und der Aufarbeitung dieses einschneidenden Teils deutscher Geschichte dienen. Unter einem Dach sollen die Kultur, das Schicksal und die Geschichte der deutschen Vertriebenen und ihrer Heimat im Zusammenhang erfahrbar sein.

Gleichzeitig soll dieses Zentrum verdeutlichen, dass Vertreibung nicht nur ein isoliertes Problem der deutschen Vergangenheit darstellt, sondern dass es in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts in den europäischen Staaten vielfach zu Massenvertreibungen kam, die bis in die Gegenwart fortauern.

Dieser Ort soll Mahnung sein, um Vertreibung von Völkern zu ächten und ihr weltweit entgegenzuwirken.

Die Landesregierung unterstützt die inhaltliche Gestaltung im oben genannten Sinne. Flucht und Vertreibung mit all dem damit verbundenen Leid und neu geschürtem Zorn sind leider noch traurige Realität dieser Welt.

Dr. Pietzsch  
Minister